

Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) – Überblick über aktuelle Entwicklungen seit September 2014

25. Sept. 2014	Debatte zu TTIP und CETA im Deutschen Bundestag:
	▪ <u>Link zum Plenarprotokoll 18 der 54. Sitzung des Deutschen Bundestages:</u> http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/18/18054.pdf
29. Sept. 2014	Anhörung der designierten EU-Kommissarin für Handel, Cecilia Malmström, im Handels-Ausschuss (INTA) des Europäischen Parlaments:
	▪ Bei der mündlichen Anhörung im EU-Parlament sprach sich die designierte EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström (ALDE) klar für die umstrittenen Handelsabkommen CETA mit Kanada und TTIP mit den USA sowie - zu dem Zeitpunkt auch noch - für den Investorenschutz aus; ▪ Malmström führte aus, dass sie keinen Grund sehe, die Freihandelspolitik der EU generell auf den Prüfstand zu stellen; sie sprach sich zudem dagegen aus, die Mechanismen zur außergerichtlichen Streitschlichtung aus dem schon ausgehandelten Freihandelsabkommen mit Kanada zu streichen; allerdings werde sie dafür eintreten, dass die derzeit bei solchen außergerichtlichen Schiedsgerichten durchaus vorhandenen Missbrauchsmöglichkeiten ausgeschlossen würden; ▪ Malmström forderte mehr Transparenz bei den Verhandlungen; sie sprach sich für eine bessere Kommunikation mit den Abgeordneten, aber auch mit den nationalen Parlamenten und der Zivilgesellschaft aus; Malmström schlug als Idee sog. Bürgerpanels vor. ▪ <u>Link zur Anhörung im EU-Parlament:</u> http://www.elections2014.eu/en/new-commission/hearing/20140917HEA64702
1. Okt. 2014	Gemeinsames Positionspapier der deutschen kommunalen Spitzenverbände und des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU):
	▪ Die kommunalen Spitzenverbände Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag und Deutscher Städte- und Gemeindebund sowie der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) begrüßen in ihrem am 1. Oktober 2014 vorgelegten Positionspapier grundsätzlich, dass die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Europa und den USA weiter ausgebaut werden soll und damit auch die wirtschaftliche Stärke Deutschlands für die Zukunft gesichert wird; ▪ In dem Positionspapier verdeutlichen die Verbände aber auch, dass die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) sowie weitere Freihandelsabkommen erhebliche Risiken für die Daseinsvorsorge bringen könnten;

	▪ Sie fordern die auf europäischer und nationaler Ebene für die Verhandlungsführung und die letztendliche Zustimmung zu Freihandelsabkommen politisch Verantwortlichen auf, folgende Punkte zu gewährleisten: 1. Kommunale Organisationsfreiheit bei der Daseinsvorsorge - Ausnahme von Marktzugangsverpflichtungen gewährleisten 2. Öffentliches Beschaffungswesen und Wettbewerbsrecht - Nicht über das europäische Vergabe- und Konzessionspaket hinausgehen 3. Investorenschutz - Zuständigkeit der nationalen Gerichtsbarkeit auch für Investoren aus Drittstaaten 4. Umwelt- und Verbraucherschutz - Keine Verpflichtung zum Abbau von Schutzstandards 5. Transparenz - Einbindung kommunaler Vertreter in Beratergruppen 6. TiSA - Kein Alleingang, der über GATS und WTO hinausgeht. ▪ <u>Link zum gemeinsamen Positionspapier:</u> http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/internet/fachinformationen/2013/pp_ttip_20141001.pdf
2. Okt. 2014	Positionierung des europäischen Städtenetzwerks EUROCITIES:
	▪ Als Reaktion auf das starke Interesse der EUROCITIES-Mitglieder an den TTIP-Verhandlungen und den Befürchtungen in Bezug auf negative Auswirkungen auf die kommunale Daseinsvorsorge, veröffentlichte das EUROCITIES-Sekretariat am 2. Oktober 2014 ein Positionspapier; ▪ EUROCITIES begrüßt grundsätzlich das Handelsabkommen und stellt die potentiellen Vorteile von TTIP heraus (stärkerer Handel, größeres Wirtschaftswachstum, Schaffung von Arbeitsplätzen, neue Möglichkeiten für KMU, Schaffung von globalen Standards im Industrie- und Dienstleistungssektor, Stärkung der transatlantischen Werte etc.); ▪ EUROCITIES spricht sich dafür aus, dass die in der EU gewachsenen hohen Standards im Verbraucher-, Umwelt-, Arbeitnehmer- und Gesundheitsschutz etc. gewahrt bleiben; ▪ EUROCITIES spricht sich dafür aus, dass die kommunale Organisationsfreiheit bei der Daseinsvorsorge durch TTIP nicht eingeschränkt werden darf; ▪ EUROCITIES ist der Auffassung, dass die Aufnahme von Investorenschutz-Klauseln in TTIP nicht erforderlich ist, da die europäischen und US-amerikanischen Gerichte einen ausreichenden Rechtsschutz gewährleisten; ▪ EUROCITIES begrüßt die Entscheidung der EU-Kommission zur Verbesserung der Transparenz des Verhandlungsprozesses, insbesondere durch öffentliche Konsultationen und einen verbesserten Dialog mit Interessensverbänden und der Zivilgesellschaft. ▪ <u>Link zum Positionspapier:</u> http://nws.eurocities.eu/MediaShell/media/EUROCITIES%20statement%20on%20TTIP_October%202014%20final.pdf

3. Okt. 2014	Abschluss der 7. Verhandlungsrunde über TTIP:
	▪ Am 3. Oktober 2014 endete die 7. Verhandlungsrunde seit Beginn der Verhandlungen im Juli 2013; ▪ Themenschwerpunkte der 7. Verhandlungsrunde laut Abschlusserklärung: Regulierungsaspekte des künftigen Abkommens; Gegenstand waren dabei sowohl Querschnittsthemen (ordnungspolitische Kohärenz, technische Handelshemmnisse, gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Fragen) als auch einzelne Branchen, die in den vorausgegangenen Verhandlungsrunden festgelegt worden waren (wie etwa Pharma-, Automobil- und Chemieindustrie sowie Maschinen- und Anlagenbau); ▪ im Bereich der Dienstleistungen wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass <u>öffentliche</u> Dienstleistungen von den TTIP-Verhandlungen ausgeklammert bleiben sollen: Regierungen sollen insbesondere jederzeit frei bestimmen können, ob eine bestimmte Dienstleistung durch die öffentliche Hand erbracht werden soll; ▪ <u>Link zur Abschluss-Erklärung und zur Abschlusspressekonferenz:</u> http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=1173&serie=830&langId=de
9. Okt. 2014	Veröffentlichung des Verhandlungsmandats zu TTIP durch den Rat der Europäischen Union:
	▪ Veröffentlichung des Verhandlungsmandats zu TTIP, den sog. "Leitlinien über die Verhandlungen zu der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika" vom 17. Juni 2013, durch den Rat der Europäischen Union; ▪ die vom Rat erlassenen Leitlinien dienen der EU-Kommission seit Juni 2013 als Verhandlungsgrundlage; ▪ der scheidende EU-Handelskommissar Karel de Gucht begrüßte diese Entscheidung: "... Mit dieser Entscheidung stellen wir einmal mehr unter Beweis, dass wir transparente Verhandlungen wollen. Jeder kann nun sehen, welche Ziele die EU mit diesem Abkommen verfolgt ..."; ▪ TTIP-Kritiker führen die Veröffentlichung des Mandats auf den zunehmenden Druck aus Politik, Zivilgesellschaft und von Interessengruppen zurück; ▪ das ursprünglich in einer niedrigen Geheimschutzstufe klassifizierte Dokumente war schon vor Monaten von grünen Europa-Abgeordneten der Öffentlichkeit zu zugänglich gemacht worden; der Inhalt war daher bereits bekannt, liegt nun aber offiziell vor; ▪ <u>Link zur deutschen Übersetzung des Verhandlungsmandats:</u> http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-11103-2013-DCL-1/de/pdf

9. Okt. 2014	Bundesregierung informiert Deutschen Bundestag über den aktuellen Stand und die Ergebnisse der TTIP-Verhandlungen:
	▪ "Ausführliche Information" des Bundestags über den aktuellen Stand und die Ergebnisse der TTIP-Verhandlungsrunden durch die Bundesregierung; ▪ in ihrer Antwort (18/2687) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (18/2405) heißt es, die Bundesregierung vertrete grundsätzlich in allen Verhandlungen über Freihandelsabkommen die Position, dass diese nicht zu einer Absenkung von Sozial-, Umwelt-, Lebensmittel-, Gesundheits-, Datenschutzstandards sowie der Verbraucherrechte führen dürfen; ▪ <u>Link zur o.g. Kleinen Anfrage und der Antwort der Bundesregierung:</u> http://www.bundestag.de/presse/hib/2014_10/-/333702
15. Okt. 2014	EU-Handelskommissar informiert Rat der Europäischen Union über den aktuellen TTIP-Verhandlungsstand:
	▪ der scheidende EU-Handelskommissar Karel de Gucht informierte am 15. Oktober 2014 im Rahmen eines informellen Ratstreffens für Auswärtige Angelegenheiten über den aktuellen TTIP-Verhandlungsstand; ▪ de Gucht warb darum, das günstige Zeitfenster im Jahr 2015 – in den USA stehen die Kongresswahlen sowie der Beginn des Präsidentschaftswahlkampfes an – für einen erfolgreichen Geschäftsabschluss zu nutzen.
22. Okt. 2014	Positionierung der Landeshauptstadt München zu TTIP, CETA und TiSA:
	▪ Stadt München spricht sich grds. für mehr Transparenz in den Verhandlungen aus sowie dafür, dass die Grundsätze der kommunalen Selbstverwaltung und die Freiheit der öffentlichen Daseinsvorsorge durch internationale Handelsabkommen nicht ausgehöhlt werden dürfen; die hohen europäischen Standards im Verbraucher-, Arbeitnehmer-, Gesundheits- und Umweltschutz dürften nicht unterlaufen werden; die Stadt München lehnt Schiedsgerichte in der aktuell vorgesehen Form ab; zudem dürften die auf nationaler und europäischer Ebene bestehenden Förderinstrumente im Kulturbereich nicht gefährdet werden. ▪ Für den umfangreichen Forderungskatalog: siehe Anlage
1. Nov. 2014	Einsetzung der neuen Europäischen Kommission unter Kommissionspräsident Jean Claude Juncker (EVP):
	▪ Übergabe des Handels-Ressorts von Karel de Gucht (ALDE) auf Cecilia Malmström (ALDE); Verhandlungen und Abschluss des TTIP-Abkommens sind weiterhin Arbeitsschwerpunkte der Generaldirektion Handel; ▪ <u>Link zu den Leitlinien der neuen EU-Kommission (u.a. auch zu TTIP):</u> http://ec.europa.eu/about/juncker-commission/docs/pg_de.pdf

3. Nov. 2014	Beschlussvorlage der Stadt Mannheim zu TTIP:
	▪ Die Stadt Mannheim setzt sich dafür ein, dass: 1. künftig die europäischen Kommunen in der Expertengruppe zur Beratung der EU-Kommission bei den TTIP-Verhandlungen vertreten sind; 2. die Vertreter der europäischen Kommunen künftig die Möglichkeit erhalten, konsolidierte Vertragstexte, auf die sich die Verhandlungsführer geeinigt haben, zu prüfen und der EU-Kommission und dem EU-Parlament ihre Bewertung mitzuteilen; 3. sichergestellt wird, dass durch das Abkommen keine Regulierungen im Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe eingeführt werden, die über die Regeln des europäischen Vergaberechts hinausgehen und insbesondere die europäischen Regelungen zu Inhouse-Vergaben und der interkommunalen Zusammenarbeit nicht angetastet werden; 4. dass die kommunale Daseinsvorsorge, insbesondere die nicht liberalisierten Bereiche, ebenso wie der gesamte Kulturbereich vom Anwendungsbereich des Abkommens ausgenommen wird und damit nicht nur die (wie vom Rat im Verhandlungsmandat beabsichtigt) gemäß Art. 1 Abs. 3 des GATS-Abkommens definierten Dienstleistungen nicht vom Abkommen erfasst werden; 5. dass auf spezielle Investitionsschutzregelungen und insbesondere die Einführung von Schiedsgerichten verzichtet wird, da dies zwischen Staaten mit ausgeprägter rechtsstaatlicher Tradition und ausreichendem Rechtsschutz nicht erforderlich ist. Stattdessen soll die Zuständigkeit der nationalen Gerichtsbarkeit auch für Investoren aus Drittstaaten sichergestellt werden. Keinesfalls darf der Investorenschutz dazu führen, dass Kommunen aufgrund von Beihilfen (Subventionen) zum Beispiel an Einrichtungen der Kultur, Bildung, ÖPNV, Gesundheitsvorsorge und anderer Bereiche der Daseinsvorsorge, zur Zahlung von Schadensersatz an private Investoren verpflichtet werden. ▪ <u>Link zur Pressemitteilung der Stadt Mannheim vom 10.11.2014:</u> https://www.mannheim.de/presse/stadt-mannheim-sieht-ttip-abkommen-kritisch
10. Nov. 2014	Antrittsbesuch von EU-Handelskommissarin Malmström bei Wirtschaftsminister Gabriel in Berlin - Gespräche u.a. zu TTIP und CETA:
	▪ Für CETA forderte Gabriel von der EU-Kommission Nachbesserungen bei den umstrittenen Schiedsgerichtsverfahren; von Seiten der EU-Kommission wurde bereits signalisiert, das in den nächsten Monaten an "Verbesserungen" und "Änderungen" diesbezüglich gearbeitet würde; ▪ mit ihrer Ankündigung reagierte Malmström auf Kritik aus mehreren Ländern, darunter auch Deutschland; allerdings werde es laut EU-Kommission nicht möglich sein, das Schiedsgerichtsverfahren vollständig aus CETA zu streichen; ▪ etwaige Auswirkungen auf TTIP bleiben abzuwarten; CETA gilt als Blaupause für das "große" Freihandelsabkommen TTIP.

10. Nov. 2014	Gemeinsames Positionspapier von BDA, BDI, DIHK und ZDH zu TTIP:
	▪ Im Vorfeld des Treffens zwischen Malmström und Gabriel forderten die vier großen Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft, an Investitionsschutzverträgen und Investor-Staats-Schiedsverfahren im geplanten Freihandelsabkommen TTIP festzuhalten; diese seien "seit Jahrzehnten bewährte Instrumente für deutsche Unternehmen, um ihre Investitionen im Ausland abzusichern". ▪ <u>Link zum gemeinsamen Positionspapier:</u> http://www.dihk.de/presse/meldungen/2014-11-10-pm-verbaende-ttip
10. Nov. 2014	Europäische Bürgerinitiative reicht EuGH-Klage ein:
	▪ Die Kritik an TTIP und CETA bleibt in mehreren EU-Ländern groß: So reichten am 10. November 2014 über 290 Bürgerorganisationen Klage vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg ein; ▪ Gegenstand ist die Nicht-Zulassung der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) "Stop TTIP gegen die Handelsabkommen mit den USA und Kanada, TTIP und CETA". Die Bürgerinitiative fordert die EU-Kommission auf, das Verhandlungsmandat für TTIP aufzuheben und CETA nicht abzuschließen.